



## Ergebnisse einjähriger Arbeit von 30 Verbänden und Körperschaften

Presseerklärung  
vom 14. Oktober 2000

„Weiterentwicklung der medizinischen Versorgung“ lautete das Thema der Podiumsdiskussion und anschließender Pressekonferenz, welches am Sonnabend, den 14. Oktober 2000 in Dresden stattfand. Vorgestellt und engagiert diskutiert wurde das gemeinsame Positionspapier von 30 im Bündnis Gesundheit 2000 zusammenwirkenden Verbänden und Körperschaften in Sachsen.

Das sächsische Bündnis erschöpft sich nicht in Kritik und Ablehnung, zum Beispiel der Budgetierung in jeglicher Form, sondern es skizziert seine Vorstellungen wirklicher Reformierung des Gesundheitswesens unter weitgehender Beibehaltung des Solidarprinzips.

Demnach muss der Grundkonflikt zwischen globalem Versorgungsanspruch unter sich verändernden Bedingungen

und dessen Finanzierbarkeit, die jetzt an ihre Grenzen stößt, gelöst werden. Hier helfen keine neuen Kontrollsysteme und deren Verwaltungsapparat, sondern Politik und Gesellschaft müssen ihre Gesundheitsziele und deren Finanzierbarkeit neu definieren, wie dies auch in der Rentenfinanzierungsdebatte geschieht. In der Aktionswoche Ende September 2000 wurde die neue Qualität des Zusammenwirkens erstmalig deutlich im gemeinsamen Aufruf der sächsischen Hausarzt-, Facharzt- und Psychotherapeutenverbände, der von mehr als 90 % aller Praxen in ganz unterschiedlicher Weise umgesetzt wurde.

Unter dem Druck rot-grüner Gesundheitspolitik ist eine deutliche Annäherung zwischen den Bündnispartnern gewachsen. Dies kommt sowohl in dem

Positionspapier sowie auch im gemeinsamen Handeln zum Ausdruck.

Die Leistungserbringer erklären auch weiterhin ihre Bereitschaft zum Handeln, wenn Verhandlungen keine Ergebnisse erwarten lassen. Beides geschieht in Abstimmung und Zusammengehen der Partner im Bündnis in Verantwortung gegenüber den Patienten und der Gesellschaft. Das Sächsische Bündnis Gesundheit 2000 erklärt nochmals, dass es besondere und dringende Probleme im Gesundheitswesen der neuen Länder gibt, die von der Bundesregierung ungenügend wahrgenommen werden.

Das Sächsische Bündnis Gesundheit 2000 möchte den politischen Entscheidungsgremien die Erwartung signalisieren, dass diese in Zukunft die Kompetenz der Leistungserbringer rechtzeitig einbeziehen.